

Neues Archiv für Niedersachsen
1 / 2021

Kontinuitäten und
Neuorientierungen.
Personelle Netzwerke
niedersächsischer
Raumwissenschaftler nach 1945

Wachholtz



Inhalt

Neues Archiv für Niedersachsen 1 / 2021

Kontinuitäten und Neuorientierungen. Personelle Netzwerke niedersächsischer Raumwissenschaftler nach 1945

- 5 Editorial
- 8 Detlef Schmiechen-Ackermann / Oliver Werner
Kontinuitäten und Diskontinuitäten in den Raumwissenschaften, der Landes- und Stadtplanung nach 1945
- 19 Oliver Werner
Wer unterstützte Kurt Brüning bei der Gründung der „Akademie für Raumforschung und Landesplanung“ 1945 bis 1950?
- 37 Detlef Schmiechen-Ackermann
Rudolf Hillebrecht und der Wiederaufbau in Hannover: Personelle und konzeptionelle Kontinuitäten und Diskontinuitäten zur NS-Zeit
- 70 Detlef Schmiechen-Ackermann
Hans Stosberg als Gestalter von „Stadtlandschaften“: 1940 – 1943 in Auschwitz, seit 1948 in Hannover
- 82 Oliver Werner
Konrad Meyers Nachkriegskarriere 1945 bis 1973
- 102 Rita Seidel
Raumwissenschaftler an der Technischen Hochschule Hannover von den 1920er Jahren bis Anfang der 1970er
- 131 Dominik Dockter
Unpolitische Expertenarbeit oder nationalsozialistischer Planungseifer?
- 160 Oliver Schael
Ein Hochschulreformer wider Willen
- 176 Waltraud P. Indrist
Roland Rainer und die Drehscheibe Hannover
- 202 Redaktion
- 204 Impressum



Editorial



Prof. Dr. Axel Priebs



Dr. Arno Brandt

Liebe Leserinnen und Leser,

75 Jahre Niedersachsen – dieses Jubiläum steht im Jahr 2021 im Mittelpunkt vieler Aktivitäten des Landes Niedersachsen und der Zivilgesellschaft. Während das Landesjubiläum Schwerpunktthema des nächsten Heftes unserer Zeitschrift sein wird, steht im Mittelpunkt der vorliegenden Ausgabe die frühe Raumplanung und Raumforschung in Niedersachsen nach dem Zweiten Weltkrieg. Wie wir heute wissen, trägt das gerne zitierte Bild vom 8. Mai 1945 als der „Stunde Null“ nicht nur in der Politik, sondern auch in Wissenschaft und Verwaltung. So hatten auch die in den ersten Nachkriegsjahren in Raumplanung und Raumforschung tätigen Personen zwangsläufig eine Vergangenheit in der NS-Zeit. Wie stark sich einzelne Personen mit dem NS-Regime arrangiert hatten oder sogar aktiv im Sinne der braunen Ideologie tätig waren, ist in jedem Fall individuell zu beurteilen. Dabei ist heute aber auch bekannt, dass sogar die Ergebnisse von Entnazifizierungsverfahren wegen vielfach beklagter Defizite durchaus kritisch zu sehen sind.

In den Beiträgen dieses Heftes arbeiten Historikerinnen und Historiker die Tätigkeit von Fachleuten der niedersächsischen Raumplanung und Raumforschung vor und nach Kriegsende auf, wobei inhaltliche (Dis-)Kontinuitäten sowie personelle Netzwerke im Mittelpunkt stehen.

Fünf der Beiträge dieses Heftes dokumentieren Ergebnisse des vom Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur und der VolkswagenStiftung im Rahmen der Förderlinie Pro*Niedersachsen finanzierten Forschungsvorhabens „Kontinuitäten und Neuorientierungen. Die Akademie für Raumforschung und Landesplanung und das Fortwirken von personellen Netzwerken am Wissenschaftsstandort Niedersachsen nach 1945“. Dieses Projekt wurde von 2015 bis 2019 am Institut für Didaktik der Demokratie der Leibniz Universität Hannover unter der Leitung von Detlef Schmiechen-Ackermann und Oliver Werner durchgeführt. Begleitet wurde es von einem Beirat, in dem auch die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) vertreten war, die – heute unter dem Namen „Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft“ – ihren Sitz in Hannover hat.

Damit und mit dem Projekttitel wird der enge Zusammenhang des Projektes mit der umfassenden Forschungsarbeit von Oliver Werner zu den Übergangsjahren von der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung zur ARL deutlich. Die ARL hatte dieses Forschungsvorhaben 2016 ausgeschrieben, mit dem „nach den Maßstäben der historisch-kritischen Geschichtswissenschaft [...] (Dis-)Kontinuitäten der Raumplanung und -forschung (personell, institutionell, konzeptionell und raumplanerisch)“ herausgearbeitet werden sollten. Dafür sollten „Schlüsselfiguren der Szene“ als Beispielfälle für (Dis-)Kontinuitäten identifiziert und die (Dis-)Kontinuitäten analysiert werden. Dieser Forschungsauftrag „Von der RAG zur ARL: Personelle, institutionelle, konzeptionelle und raumplanerische (Dis-)Kontinuitäten“ ist inzwischen abgeschlossen und die eigenständige Publikation der Ergebnisse wird derzeit durch die ARL im Wallstein-Verlag vorbereitet.

Die Hintergründe und Forschungsansätze der im vorliegenden Heft publizierten Arbeiten werden detailliert im einleitenden Beitrag dieses Heftes durch die von 2015 bis 2019 am Institut für Didaktik der Demokratie der Leibniz Universität Hannover verantwortlichen Historiker Detlef Schmiechen-Ackermann und Oliver Werner vorgestellt. Die Verbindung zum Projekt der ARL wird auch im ersten inhaltlichen Beitrag deutlich, in dem sich Oliver Werner mit der Frage befasst, wer Kurt Brüning in den Jahren 1945 bis 1950 bei der Gründung der Akademie für Raumforschung und Landesplanung unterstützte.

Anschließend beschäftigt sich Detlef Schmiechen-Ackermann in zwei Beiträgen mit prägenden Personen der hannoverschen Nachkriegs-Stadtplanung. Im Mittelpunkt seines ersten Beitrages steht der legendäre, seinerzeit wegen seines Engagements für den Wiederaufbau der niedersächsischen Landeshauptstadt bundesweit und international bekannte Stadtbaurat Rudolf Hillebrecht, wobei die personellen und konzeptionellen Kontinuitäten und Diskontinuitäten zur NS-Zeit im Mittelpunkt stehen. Weniger bekannt ist in der Öffentlichkeit ein Mitarbeiter von Hillebrecht beim Wiederaufbau Hannovers, Hans Stosberg, der hier mit seinen Tätigkeiten in den Jahren 1940

bis 1943 als Gestalter von „Stadtlandschaften“ in Auschwitz und dann seit 1948 in Hannover vorgestellt wird.

Ein weiterer Beitrag von Oliver Werner widmet sich der Nachkriegskarriere von Konrad Meyer. Während Meyer in der NS-Zeit als hauptverantwortlicher Verfasser des berüchtigten „Generalplan Ost“ wirkte, geht es in diesem Beitrag um personelle Hintergründe, akademische Bedingungen und inhaltliche Kontinuitäten im Zeitraum von 1945 bis 1973.

Rita Seidel setzt sich anschließend mit Raumwissenschaftlern an der Technischen Hochschule Hannover von den 1920er Jahren bis Anfang der 1970er auseinander und fragt mit Blick auf Personen und Konzepte nach den Kontinuitäten und ob es einen „Neuanfang“ gab.

Wesentliche Ergebnisse seiner Masterarbeit präsentiert Dominick Dockter in seinem Beitrag über Heinrich Wiepking, wobei er zu dessen NS-Vergangenheit und zur Gründung der Hochschule für Gartenbau und Landeskultur in Hannover zugespitzt fragt, ob hierbei von „unpolitischer Expertenarbeit“ oder von „nationalsozialistischem Planungseifer“ zu sprechen ist.

Oliver Schael setzt sich mit dem Agrarsoziologen Herbert Morgen, einem „Hochschulreformer wider Willen“, und dem Hochschulexperiment in Wilhelmshaven auseinander.

Im abschließenden Beitrag beleuchtet Waltraud P. Indrist die Tätigkeit des österreichischen Architekten Roland Rainer sowie Kontinuitäten von NS-Netzwerken in Nordwestdeutschland nach 1945.

Die Wissenschaftliche Gesellschaft zum Studium Niedersachsens (WIG) hat es gerne übernommen, diese vielfältigen Beiträge zur frühen Geschichte von Raumplanung und Raumforschung in Niedersachsen im Neuen Archiv für Niedersachsen zu publizieren, weil sie es für wichtig hält, diese aufschlussreichen Forschungen zum Übergang vom Dritten Reich zur Bundesrepublik einem breiteren Publikum zugänglich zu machen.

Wir bedanken uns für die gute Zusammenarbeit mit den beiden Projektverantwortlichen und wie stets mit dem Wachholtz-Verlag sowie für die Unterstützung beim Lektorat durch Wienke Stegmann und Ben Rieger.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre!

Prof. Dr. Axel Priebes

Dr. Arno Bandt

Kontinuitäten und Diskontinuitäten in den Raumwissenschaften, der Landes- und Stadtplanung nach 1945

Bedingungen und Möglichkeiten gesellschaftlicher Transformation und erfolgreicher Demokratisierung in Niedersachsen

Detlef Schmiechen-Ackermann / Oliver Werner

In weiten Teilen der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft ist der Mythos der „Stunde Null“ gern und ausgiebig in Anspruch genommen worden, auch wenn die mit diesem Sprachbild verbundene Vorstellung sehr irreführend ist. Die Idee, man könne gleichsam die Uhren auf „Null“ zurückstellen und damit noch einmal voraussetzungslos neu anfangen, entsprach zu keiner Zeit der Realität, konnte aber nach 1945 – in der biographischen Selbstrepräsentation wie im institutionellen Selbstverständnis – ausgesprochen entlastend wirken. Insbesondere personelle Kontinuitäten in „den Konzernzentralen, Hörsälen und Amtstuben [...] wurde durch das Reden von der Stunde Null verschleiert“, aber der Begriff diente auch dazu, „den Willen zum Neuanfang zu unterstreichen und eine klare normative Zäsur zwischen dem alten und dem neuen Staat zu betonen“ (Jähner 2019, 19 – 20) – unabhängig davon, wie dieser Neuanfang angesichts überwältigender Altlasten faktisch gestaltet werden konnte.

Zu Recht ist daher auf die hohe erinnerungskulturelle Relevanz dieses Topos verwiesen worden, denn er treffe „das Empfinden der Zeitgenossen auf das genaueste. Nie war die Zukunft in Deutschland so wenig vorhersehbar, nie das Chaos so allgegenwärtig wie im Frühjahr 1945“ (Winkler 2004, 121). Die Befreiung vom Nationalsozialismus war den Deutschen nicht von innen heraus gelungen: Der Widerstand gegen Hitler hatte die Beharrungskraft des NS-Regimes nicht überwinden können. Auf den von der NS-Führung ausgerufenen „totalen Krieg“ folgte daher eine „totale“ militärische Niederlage und ein weitgehendes Chaos (Hauptmeyer 2004, 123 – 128). Zu den vorrangigen Maßnahmen der für Niedersachsen zuständigen britischen Besatzungsbehörden gehörte es zunächst, einige grundlegende Ordnungsstrukturen aufzu-

bauen und die Lebensmittelversorgung zu sichern (Schneider 1984; Brosius 1997, 602 – 606). Im Hinblick auf die weitere demokratische Ausgestaltung des in der britischen Zone implementierten Transformationsregimes musste zugleich die juristische Verfolgung von schweren Straftaten sowie die politische und kulturelle Entnazifizierung der Gesellschaft durch Entfernung von politisch stark aus der NS-Zeit belasteten Personen aus ihren Funktionen betrieben werden. Es ging also ganz wesentlich – in moderner internationaler Terminologie beschrieben – um „Transitional Justice“, um Vergangenheitsbewältigung durch die Anwendung von Recht (Werle/Vormbaum 2018). Neben Strafverfolgung und dem Versuch einer materiellen „Wiedergutmachung“ gewann dabei in den Westzonen eine – zumindest theoretisch – nach normierten juristischen Standards vorgenommene Überprüfung des öffentlichen Dienstes besondere Bedeutung. Diese „politische Säuberung“ (Vollnhals 1991) betraf nicht nur die Funktionsträger in öffentlichen Ämtern und die Beschäftigten in Verwaltungsbehörden und staatlichen Betrieben, sondern ebenso auch in Universitäten und Forschungseinrichtungen. Angesichts der bekannten und vielfach beklagten Defizite des Entnazifizierungsprozesses, der vor allem nach der Übergabe der Verantwortung von der Besatzungsverwaltung in deutsche Hände bald in eine große Rehabilitierungswelle mündete, ist zu Recht von einem „gescheiterten Experiment“ (Vollnhals 1991) gesprochen worden. Die intendierte politische Säuberung mutierte zu einem schrittweisen Rehabilitierungsverfahren, das auch als „Mitläuferfabrik“ (Niethammer 1982) charakterisiert worden ist. Waren anfangs nicht nur die politisch Hauptverantwortlichen, sondern auch erhebliche Teile der für das Funktionieren der nationalsozialistischen Diktatur so wichtigen und im Sinne der NS-Politik „willigen“ Funktionselemente aus ihren Positionen entfernt worden, so konnten viele dieser Fachleute, die im Rahmen der politischen Überprüfung zunächst aussortiert worden waren, nach wenigen Jahren doch wieder in die alten oder in neue verantwortliche Positionen zurückkehren. Diese „Liquidation“ der Entnazifizierungsanstrengungen kann man als eine spezifische deutsche „Vergangenheitspolitik“ (Frei 1999) lesen, die im Ergebnis zu einer sehr umfassenden Rehabilitierung auch schwer belasteter NS-Täter führte. Insofern ist für detaillierte Spezialstudien, wie sie in diesem Heft versammelt sind, von einer erheblichen personellen Kontinuität als Hypothese auszugehen.

Bedeutet dies aber auch zwangsläufig, dass Arbeitsstrukturen, Denkweisen und Konzepte für die untersuchten wissenschaftlichen und planerischen Arbeitsfelder ebenfalls in einer prägenden inhaltlichen Kontinuität zum Nationalsozialismus stehen mussten? In ihrer auf der Auswertung von Ego-Dokumenten, publizistischen Quellen und Verfahrensakten basierenden Studie hat Hanne Leßau jüngst herausgearbeitet, dass die politische Überprüfung eine intensivere und ernsthaftere Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit im Nationalsozialismus anstieß, als bisher vielfach angenommen wird. Insbesondere innerhalb von „Parteien, Wissenschaftsveränden und anderen Organisationen der ersten Nachkriegsjahre wurde offen über

personelle NS-Vergangenheiten gesprochen“ (Leßau 2020, 11). Bei einer differenzierten Betrachtung wichtiger Akteure darf also nicht von vornherein davon ausgegangen werden, dass ehemals überzeugte Nationalsozialisten und tief in die ideologisch begründeten Projekte der NS-Zeit verstrickte Wissenschaftler auch nach 1945 dazu verurteilt waren, verbohrt und ewiggestrige Nazis zu bleiben. Wie einige bemerkenswerte Fallbeispiele zeigen, waren demokratische Lernprozesse, in unterschiedlicher Qualität und Intensität, durchaus möglich – bis hin zu einer bewussten demokratischen Selbstmobilisierung, wie sie etwa für den Stadtbaurat von Hannover, Rudolf Hillebrecht, ab 1948 zu konstatieren ist. Zugleich gibt es aber auch zahlreiche Fallbeispiele, in denen man keineswegs von einem demokratischen Lernprozess und einem freiwilligen Einschreiben in das neu aufgebaute demokratische Gesellschaftssystem sprechen kann. Häufig ist in solchen Fällen (exemplarisch etwa bei Konrad Meyer) zu beobachten, dass nach 1945 nicht mehr sagbare Begriffe ganz oberflächlich durch neue, unverfängliche Sprachregelungen ersetzt wurden, das konzeptionelle Denken allerdings den im Nationalsozialismus geformten Prämissen verpflichtet blieb.

Insgesamt und längerfristig aber glückte in den Westzonen die postdiktatorische Systemtransformation (zusammenfassend Merkel 2010, 139 – 168) – die junge Bundesrepublik entwickelte sich, aller Verwerfungen und Widersprüche zum Trotz, zu einer „erfolgreiche[n] und geachtete[n] Demokratie. [...] Von den großen Nazis überlebte politisch keiner in der Bundesrepublik, aber die mittlere Garnitur fand schnell ihren Platz im neuen Staat“, konstatierte Edgar Wolfrum, um im nächsten Schritt auf die hohe Ambivalenz dieser Systemtransformation zu verweisen: „Die beinahe vollständige soziale Reintegration der ehemaligen führenden Nationalsozialisten war moralisch fragwürdig, zum Teil skandalös; funktional gesehen erwies sie sich jedoch als sehr effektiv“ (Wolfrum 2007, 18 und 172). Der sukzessive Wandel der politischen Kultur wurde nach 1945 im Westen Deutschlands also mit Funktionseleiten erreicht, die selbst in hohem Maße durch ihre Tätigkeiten während der NS-Zeit belastet waren. Insofern gewinnt die von Eckart Conze und Anette Weinke getroffene Feststellung, dass sich „Demokratisierung nicht nur auf Institutionen, Personen und Ereignisse bezieht, sondern auch eine Erzählung vom Wandel der politischen Kultur, der Mentalitäten und Verhaltensweisen meint“, erhebliche Bedeutung (Conze/Weinke 2020, 96). Zu überlegen ist dabei auch, welcher Stellenwert der Wirkung von gesellschaftlicher Beschämung zukommt (Frevert 2017).

Die Frage nach personellen, institutionellen und ideellen Kontinuitäten und Brüchen ist seit über einem Jahrzehnt intensiv für Ministerien und Behörden der Bundesrepublik aufgeworfen worden, die sachlich als Nachfolgeinstitutionen der früheren Reichsministerien und -behörden anzusehen sind (methodisch innovativ Bösch/Wirsching 2018). Dabei ist diskutiert worden, welche Beharrungskräfte nach 1945 zunächst sehr wirksam blieben, aber auch, welche Veränderungsprozesse grundlegend in Gang gebracht werden konnten (als Überblick Creuzberger/Geppert 2018). Mittler-

weile haben die zunehmend angestellten vergleichenden Betrachtungen zu West- und Ostdeutschland sowie etliche Studien zu Landesministerien und -behörden (insbesondere zu Bayern und Baden-Württemberg) die Reichweite und den Erkenntnisgewinn dieser „Behördenforschung“ erheblich vergrößert. Die in diesem Heft versammelten Einzelstudien können an diesen sich immer weiter entfaltenden Forschungsstand konzeptionell anknüpfen und öffnen mit ihrem Fokus auf die Hochschul- und Forschungslandschaft eines Bundeslandes zugleich neue Perspektiven.

Dabei ist zunächst hervorzuheben, dass sich in der wissenschaftlichen Selbstorganisation nach 1945 institutionell größere Gestaltungsspielräume eröffnen konnten, als dies bei traditionellen Ressortministerien mit administrativer Bindung der Fall war. So wurden etwa im Juni 1945 bisher zentrale Arbeitsgebiete der „Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung“ (RAG) wie „Rassenkunde, Rassen- und Volkstumsbiologie und ähnliche Themen“ (Werner 2020, 57–58) mit einem Federstrich aus dem Bereich der weiter geführten Forschungseinrichtung verbannt. Tatsächlich entwickelte sich bei den „Nachfolgern“ wissenschaftlicher Organisationen wie der RAG, aber auch der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die inhaltlich und institutionell maßgeblich in der NS-Zeit geprägt worden sind, nach 1945 ein neues Selbstverständnis wissenschaftlicher Unabhängigkeit und politischer Indienstnahme, das durchaus als Ergebnis von Lernerfahrungen im Nationalsozialismus gewertet werden kann.

Solche Erfahrungen wurden vor dem Hintergrund fundamental anderer politischer Rahmenbedingungen umgesetzt. Bereits im Gründungsprozess der Bundesrepublik „schälte sich das Verhältnis von Bund und Ländern als Drehachse von zentraler Bedeutung für die politische Realverfassung und für die Hochschul- und Wissenschaftspolitik heraus“ (Ash 2010, 228). Der Kampf um den Zugang zu wissenschaftlich relevanten Ressourcen fand unter rechtlichen Rahmenbedingungen statt, deren zunehmende Verlässlichkeit selbst von eingefleischten Anhängern des „Dritten Reiches“ wie Konrad Meyer geschätzt wurde. So konnten institutionelle Neuansätze der Wissenschaftsorganisation die Voraussetzung für inhaltliche Kontinuitäten der wissenschaftlichen Arbeit bilden. In welchem Maße diese Kontinuitäten offen eingestanden, bereitwillig zur Diskussion gestellt oder sprachlich kaschiert wurden, hing in erster Linie von den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ab, die weiterhin – jenseits von Entnazifizierungsverfahren und öffentlichen Debatten – die Deutungshoheit über ihre eigene Karriere für sich beanspruchten.

Diese Deutungshoheit führt zu der wesentlichen Frage, wie wir rückblickend im Verhalten der betrachteten Wissenschaftler zwischen produktiver Lern-, modifizierter Adaption- und rein pragmatischer und damit oberflächlicher Anpassungsfähigkeit unterscheiden können. Leichter als politische Akteure können sich Wissenschaftler auf Grauzonen ihrer Erkenntnisprozesse berufen, die – seien sie nur privat oder überhaupt nicht dokumentiert – es ermöglichen, wissenschaftliche Arbeit rückwir-

kend umzudeuten und neu zu kontextualisieren. Die im Folgenden präsentierten Beispiele belegen eindrucksvoll, dass diese Umdeutung selbst in der für das „Dritte Reich“ fundamental wichtigen Raumforschung und angesichts der offensichtlichen Beteiligung von Raumwissenschaftlern an den deutschen Kriegs- und Besatzungsverbrechen möglich gewesen ist.

Im Fokus dieses Bandes stehen prägende Persönlichkeiten und wichtige Institutionen aus den Raumwissenschaften, der Landesplanung und der Landespflege sowie der Stadtplanung in Niedersachsen: Als letzter Obmann der 1935 gegründeten RAG hatte *Kurt Brüning* deren Sitz in der späten Kriegszeit zunächst nach Göttingen und ab 1946 nach Hannover verlegt und damit eine Neuorientierung in die Wege geleitet, die für die 1950er und 1960er Jahre prägend werden sollte. Niedersachsen entwickelte sich – neben Bonn – zum führenden raumwissenschaftlichen Zentrum der jungen Bundesrepublik. Diese herausgehobene Stellung resultierte nicht zuletzt daraus, dass zahlreiche Raumwissenschaftler, die sich während der NS-Zeit profiliert hatten, neue wissenschaftliche Herausforderungen und Karrierechancen in Niedersachsen suchten und fanden. Entlang einer akademischen „Achse“ Hannover – Göttingen entstand ein personelles Netzwerk, das wichtige Impulse für die Gründung der überregional agierenden Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) vermittelte. Brüning prägte die Landesplanung des neuen Bundeslandes und leitete das einschlägige Forschungsinstitut an der Universität Göttingen. Ab 1949 wurde *Heinrich Hunke* als erster Generalsekretär der ARL sein wichtigster Partner. Der Wiederaufbau der Landeshauptstadt Hannover wurde seit 1948 maßgeblich von *Rudolf Hillebrecht* und *Hans Stosberg* bestimmt. Beide waren vor 1945 an nationalsozialistisch konnotierten Großprojekten intensiv beteiligt gewesen und entfalteten nun auf der Basis erprobter professioneller Netzwerke ihr weiteres Wirken in der jungen Bundesrepublik. Unter den wichtigsten Korrespondenz- und Kooperationspartnern von Hillebrecht befanden sich u.a. *Walther Wickop*, *Konstanty Gutschow* und *Wilhelm Wortmann*. Letzterer wirkte nach 1945 an der Technischen Hochschule Hannover (THH) neben etlichen weiteren Architekten und Raumwissenschaftlern, die durch ihre Tätigkeitsfelder während des „Dritten Reiches“ substantiell belastet waren. An der in Hannover 1947 gegründeten Hochschule für Gartenbau (HGL) wurden viele durch ihre Mitwirkung an ideologisch geprägten Forschungen der NS-Zeit belastete Wissenschaftler neu berufen, allen voran ihr Gründer *Heinrich Wiepking* und seit 1956 mit *Konrad Meyer* sogar der hauptverantwortliche Verfasser des „Generalplans Ost“, ein „hochrangiger Wissenschaftsfunktionär“ des „Dritten Reiches“ und von 1939 bis 1944 „leitender Mitarbeiter beim Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums“ (Leendertz 2008, 7). Einen ähnlichen Vorgang gab es auch an der Pädagogischen Hochschule für landwirtschaftliche Lehrer in Wilhelmshaven, an der mit *Herbert Morgen* ebenfalls einer der zentralen Akteure des „Generalplans Ost“ wirkte. Die Tatsache, dass Morgen von 1966 bis 1970 Präsident der ARL wurde, unterstreicht, in

welchem Maße Vernetzungen und personelle Beziehungen zwischen diversen Akteuren und Institutionen der Raumforschung in der frühen Bundesrepublik wirksam blieben.

Auf der *biographischen Ebene* wird untersucht, wie sich diese herausgehobenen Akteure in ihren Entnazifizierungsverfahren verhielten, welche Chancen sie zur Mitwirkung in der jungen Demokratie erhielten und wie sie selbst mit ihren Erfahrungen und Belastungen aus der NS-Zeit umgingen. Auf der *institutionellen Ebene* wird gefragt, in welchem Maße ideologisch überzeugte oder auch nur opportunistisch angepasste ehemalige NSDAP-Mitglieder wichtige Funktionen in den neu etablierten demokratischen Zusammenhängen einnahmen und das institutionelle Gefüge beeinflussen oder gar dominieren konnten. Auf *ideengeschichtlicher Ebene* wird schließlich gefragt, in welchem Maße alte Konzepte aus der NS-Zeit umstandslos weiterverfolgt, durch Modifikation auch für demokratische Verhältnisse nutzbar gemacht oder durch radikal neue Ideen ersetzt wurden.

Den Ausgangspunkt für diese Betrachtungen bildete das vom Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur und der VolkswagenStiftung im Rahmen der Förderlinie Pro*Niedersachsen finanzierte Forschungsvorhaben „Kontinuitäten und Neuorientierungen. Die Akademie für Raumforschung und Landesplanung und das Fortwirken von personellen Netzwerken am Wissenschaftsstandort Niedersachsen nach 1945“, das von 2015 bis 2019 am Institut für Didaktik der Demokratie der Leibniz Universität Hannover durchgeführt worden ist. Ihm entstammen fünf der folgenden Beiträge: Oliver Werner analysiert in seinem ersten Beitrag die „niedersächsische Seite“ der ARL in ihrer Gründungs- und Etablierungsphase. Mit einem Fokus auf die wissenschaftlichen Beziehungen *Kurt Brünings* arbeitet Werner heraus, in welchem Maße Brünig bei der erfolgreichen Etablierung der ARL ab 1945/46 auf ein personelles Netzwerk aus der Zeit vor 1945 angewiesen war, dessen wechselnde Zusammensetzung sowohl das Ausmaß inhaltlicher Kontinuitäten als auch den Rahmen akademischer Lern- und Anpassungsfähigkeit bestimmte.

Detlef Schmiechen-Ackermann rückt die Frage in den Mittelpunkt, mit welchen Strategien und Argumentationen sich *Rudolf Hillebrecht* trotz vorhandener substantieller NS-Belastungen als Planungsverantwortlicher für den Wiederaufbau in Hannover etablieren und sehr erfolgreiche Nachkriegskarrieren erleben konnte. Insbesondere der Vergleich zu anderen belasteten Kollegen aus demselben Kontaktkreis und ähnlichen Tätigkeitsfeldern während der NS-Zeit wie etwa *Konstanty Gutschow* und *Wilhelm Wortmann* ist hier instruktiv. Als kontrastierendes Beispiel kann auch *Hans Stosberg* gelten, der in einem zweiten Beitrag betrachtet wird. Der ehemalige Chefplaner der zu germanisierenden „Musterstadt“ Auschwitz trat nach 1945 in die zweite Reihe zurück, gestaltete aber als Leiter des Stadtplanungsamtes gemeinsam mit Hillebrecht den als „Wunder von Hannover“ wahrgenommenen Wiederaufbau der niedersächsischen Landeshauptstadt. Anders als Hillebrecht, der sich in der Nach-

kriegszeit offensiv zu demokratischen Verfahren bekannte und eine aktive Bürgerbeteiligung forcierte, scheint sich Stosberg als „zweiter Mann“ hinter dem prominenten Stadtbaurat weitaus stärker auf die Rolle des „unpolitischen“ Fachmanns zurückgezogen und nicht mehr öffentlich exponiert zu haben.

Rita Seidel widmet sich den an der THH tätigen Architekten und Raumwissenschaftlern und leistet damit einen wichtigen Beitrag für die grundsätzliche Bestandsaufnahme personeller Kontinuitäten, wie sie für die THH erst in jüngster Zeit begonnen worden ist (Jung 2020). Seidel konzentriert sich vor allem auf *Wilhelm Wortmann* als exemplarischen Akteur und dokumentiert dessen über 1945 fortbestehenden Arbeitsbeziehungen sowie die Konsistenz der inhaltlichen Schwerpunkte seiner wissenschaftlichen und planerischen Tätigkeit.

In seinem zweiten Beitrag analysiert Oliver Werner die Bedingungen für den beruflichen Wiederaufstieg des besonders schwer belasteten ehemaligen SS-Oberführers *Konrad Meyer*, der zwar mit einiger Verzögerung, aber letztlich mit großem Erfolg von statten ging. Eine unverzichtbare Bedingung dieser Fortsetzung seiner Karriere war dabei die Unterstützung, die Meyer von vielen Kollegen als Mitangeklagter im Nürnberger Prozess Nr. 8 zuteilwurde. Viele Raumwissenschaftler, die Meyer für ihre eigene Karriere maßgebliche Impulse in den 1930er Jahren verdankten, revanchierten sich nun mit Leumundszeugnissen, die nicht nur den Nestor der Raumforschung entlasteten, sondern auch den eigenen Disziplinen die Anmutung unpolitischer Grundlagenwissenschaften verliehen. Ab den 1950er Jahren bot die inzwischen etablierte ARL Konrad Meyer dann ein ebenso einflussreiches wie abgeschirmtes Arbeitsfeld.

Im Zusammenhang mit dem skizzierten Forschungsprojekt entstand eine von Dominik Dockter angefertigte und Detlef Schmiechen-Ackermann betreute Masterarbeit, deren wichtigste Ergebnisse in einem weiteren Beitrag präsentiert werden. Dockter skizziert am Fallbeispiel von *Heinrich Wiepking* und dem ihm assistierenden Landschaftsarchitekten *Wilhelm Hübotter*, auf welche Weise eine Kampagne zur Verharmlosung problematischer Tätigkeiten während der NS-Zeit erfolgreich geführt werden konnte. Beiden Protagonisten kam dabei zu Gute, dass sie zwar substantiell, aber nicht formal belastet waren, da beide nie der NSDAP angehört hatten. Diese Zusammenhänge illustrieren sehr anschaulich, dass im Zuge der Entnazifizierungsmaßnahmen zwar formale Belastungskriterien wie eine Parteimitgliedschaft und die Übernahme politischer Funktionen erfasst und zur Bewertung eines Falles herangezogen werden konnten, gleichzeitig aber die gravierenden Folgen eines willigen oder gar begeisterten Zuarbeitens für das Regime völlig ausgeklammert blieben.

Aus dem erweiterten inhaltlichen Diskussionskontext des Projekts wurden schließlich die Beiträge von Oliver Schael und Waltraud Indrist aufgenommen. Oliver Schael untersucht die Entstehung und den Stellenwert des Hochschulstandortes Wilhelmshaven, der mit zwei pädagogischen Hochschulen (für landwirtschaftliche bzw. gewerbliche Lehrer) sowie der „Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft“ vorüber-

gehend eine wichtige Bedeutung erlangt hatte. Im Blickpunkt steht hier vor allem das Wirken des Agrarwissenschaftlers *Herbert Morgen*, der seit 1948 die Professur für Agrarwirtschaftslehre und ländliche Soziologie innehatte. Waltraud Indrist analysiert die Netzwerkbeziehungen, auf denen aufbauend der österreichische Architekt *Roland Rainer* in Norddeutschland vielfältige Aktivitäten entwickeln konnte. 1953 erhielt er einen Ruf auf den Lehrstuhl für Städtebau, Landesplanung und Siedlungswesen der THH. Vier Jahre später gewann er den Wettbewerb für den Neubau der Stadthalle in Bremen. Sein Fallbeispiel unterstreicht, wie ein agiler Akteur erfolgreich sein altes Netzwerk reaktivieren konnte und Hannover dabei zur zentralen Drehscheibe seines beruflichen Erfolges nach 1945 wurde.

Die Zusammenschau der einzelnen Beiträge erlaubt eine erste Zuordnung inhaltlicher und personeller Kontinuitäten in der niedersächsischen Raum- und Planungswissenschaften, mit der sich drei Typen konstruieren lassen. Rudolf Hillebrecht steht dabei für eine bewusste Neuorientierung im demokratischen Sinne. Er knüpfte durchaus an grundlegende fachliche Überlegungen und Konzepte (wie vor allem die Idee einer großzügigen und harmonischen „Stadtlandschaft“) an, die während der NS-Zeit ausgeformt worden waren. Hillebrecht stellte sie nun aber in den Rahmen der demokratischen Neuorientierung nach 1945, förderte etwa in Gestalt der „Aufbaugemeinschaft Hannover“ die Bürgerbeteiligung und agierte sehr rege als mitgestaltender Akteur in einem pluralistischen Gemeinwesen. Diesen Weg konnte er auch deshalb einschlagen, weil er beim nationalsozialistischen Großprojekt der Neugestaltung des Elbufers in Hamburg hinter dem Protagonisten Konstanty Gutschow in der zweiten Reihe tätig gewesen war. Insofern stand Hillebrecht die Option zur Verfügung, sich gleichsam durch eine tatkräftige Bejahung der neuen Verhältnisse – zunächst im Dienst der britischen Besatzungsmacht – für weitere Gestaltungsaufgaben im demokratischen Staat zu empfehlen. Durch sein praktisches Handeln und das offensive Bekenntnis, man könne sinnvoll nur auf „demokratischem Wege“ bauen, gelang Hillebrecht in gewisser Weise eine weitgehend glaubhafte Selbstentnazifizierung, eine Art „reeducation“ als „learning by doing“.

Für eine zweite Form wissenschaftlicher Bewältigung der Zäsur des Jahres 1945 steht der Gründer der ARL, Kurt Brüning. 1933 aufgrund seiner SPD-Mitgliedschaft von der TH Braunschweig entlassen, trat Brüning noch im selben Jahr der NSDAP bei und schaffte es bis 1939, seine professionelle Reputation in den Augen sowohl der Kollegenschaft als auch der NS-Machthaber wieder herzustellen. Dies begünstigte im Sommer 1944 seine Anstellung als Leiter der RAG. Als Brüning nach Kriegsende die RAG unter neuen Prämissen fortführte, gab es für ihn keinen Anlass, sich allzu lange mit der NS-Zeit auseinanderzusetzen: Wichtig war ihm allerdings, die direkte politische Einflussnahme auf die Forschungsinstitution zu verringern und die eigene wissenschaftliche Gestaltungsfreiheit zu vergrößern. Beim Aufbau der ARL wurden krasse Auswüchse nationalsozialistischer Raumpolitik beseitigt und zugleich ent-

standen relativ ungestörte Arbeitsmöglichkeiten für belastete Wissenschaftler – zumindest solange Brüning sie brauchte und ihnen vertraute. Im Resultat wandte sich Brüning ebenso aufrichtig den neuen Bedingungen zu, wie er im Umgang mit der eigenen Karriere im Nationalsozialismus zwiespältig blieb. Die damit verbundene Haltung, kritische Fragen an die eigene berufliche Karriere – so selten solche Fragen auch gestellt worden sind – abzuweisen, teilte Brüning mit anderen Wissenschaftlern wie Wilhelm Wortmann oder Roland Rainer.

Schließlich lassen sich Konrad Meyer und Heinrich Wiepking einer dritten Kategorie von Wissenschaftlern zuordnen, die den inhaltlichen Schwerpunkten ihrer Arbeit vor 1945 auch nach dem Krieg treu blieben und sich in einem eisernen Freund-Feind-Denken gegen alle Anklagen und Fragen gegenseitig abschirmten. Durch sprachliche Anpassungen, leichte Modifizierungen der Inhalte oder einfache Lügen schaffte diese Gruppe es, ihren Forschungen ein neues Antlitz und eine erneuerte politische Relevanz zu verleihen. Konrad Meyer – aber auch der Agrarhistoriker und frühere Mitarbeiter des Reichssicherheitshauptamts Günther Franz (Waller 2018, 253 – 261) – profitierten von Kurt Brünings zwiespältiger Haltung zur NS-Vergangenheit, so wie Brüning wiederum die bereitwillige Mitarbeit politisch belasteter Wissenschaftler für „seine“ ARL nutzen konnte.

Diese Zuordnungen stellen eine erste Annäherung dar und werden in der weiteren zeitgeschichtlichen Kontinuitätsforschung überprüft und differenziert werden müssen. Parallel zur Arbeit am Forschungsprojekt, dessen Ergebnisse hier vorgelegt werden, hat Oliver Werner einen von der ARL vergebenen Forschungsauftrag zum Thema „Von der RAG zur ARL: Personelle, institutionelle, konzeptionelle und raumplanerische (Dis-)Kontinuitäten“ bearbeitet. Dessen Ergebnisse sind am 7. November 2019 auf einem Symposium mit dem Titel „Von der RAG zur ARL: Personelle, institutionelle und raumplanerische (Dis-)Kontinuitäten“ im Tagungszentrum im Alten Rathaus in Hannover vorgestellt und inzwischen dokumentiert worden (Baumgart 2020). Als Abschluss wird im Frühjahr 2022 eine Monografie zur Geschichte der Forschungsinstitution zwischen 1935 und 1955 erscheinen.

Herzlich danken möchten die Autorinnen und Autoren dieses Bandes dem Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur und der VolkswagenStiftung für die Finanzierung des grundlegenden Forschungsprojekts. Unser Dank gebührt zudem der Technischen Informationsbibliothek/Universitätsarchiv Hannover sowie den weiteren Bildgebern für die großzügige Bereitstellung diverser Abbildungen und die erteilten Abdruckgenehmigungen. Der Akademie für Raumentwicklung, vor allem Prof. Dr. Rainer Danielzyk und Dr. Andreas Stefansky, danken wir für die produktive Kooperation. Für die organisatorische Unterstützung bei der Realisierung dieses Themenheftes sowie das Lektorat war Wienke Stegmann verantwortlich; auch ihr sei herzlich gedankt. Zu Dank verpflichtet sind wir schließlich der Wissenschaftlichen Gesellschaft zum Studium Niedersachsens für die Aufnahme dieses Themas als Schwer-

punkt im Neuen Archiv für Niedersachsen und Prof. Dr. Axel Priebes und Dr. Arno Brandt für die Betreuung bei der Herausgabe dieses Heftes.

Autoren

Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann

Leibniz Universität Hannover, Institut für Didaktik der Demokratie

Königsworther Platz 1, 30 167 Hannover

E-Mail: Schmiechen-A@web.de

Dr. Oliver Werner

Böhmerstraße 2, 30 173 Hannover

E-Mail: werner.history@gmail.com

Literatur

- Ash, M. G.: Konstruierte Kontinuitäten und divergierende Neuanfänge nach 1945. In: Konrad Jarausch u. a. (Hrsg.): Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert. Göttingen 2010, S. 215 – 246.
- Baumgart, S. (Hrsg.): Raumforschung zwischen Nationalsozialismus und Demokratie – das schwierige Erbe der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (= Arbeitsberichte der ARL 29), Hannover 2020.
- Bösch, F.; Wirsching, A. (Hrsg.): Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus, Göttingen 2018.
- Brosius, D.: Landes- und Demokratiegründung nach 1945. In: Hucker, B. U. u. a. (Hrsg.), Niedersächsische Geschichte, Göttingen 1997, S. 602 – 618.
- Conze, E.; Weinke, A.: Formen der Demokratisierung in deutschen Behörden und Ministerien. In: Schanetzky, T. u. a. (Hrsg.): Demokratisierung der Deutschen. Errungenschaften und Anfechtungen eines Projekts, Göttingen 2020, S. 87 – 101.
- Creuzberger, S.; Geppert, D.: Die Ämter und ihre Vergangenheit. Eine Zwischenbilanz. In: Dies. (Hrsg.): Die Ämter und ihre Vergangenheit. Ministerien und Behörden im geteilten Deutschland 1949 – 1972, Bonn 2018, S. 183 – 199.
- Frei, N.: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1999.
- Frevert, U.: Die Politik der Demütigung. Schauplätze von Macht und Ohnmacht, Frankfurt am Main 2017.
- Hauptmeyer, C.-H.: Niedersachsen. Landesgeschichte und historische Regionalentwicklung im Überblick, Oldenburg 2004.
- Jähner, H.: Wolfszeit. Deutschland und die Deutschen 1945 – 1955, Berlin 2019.
- Jung, M.: Eine neue Zeit. Ein neuer Geist? Eine Untersuchung über die NS-Belastung der nach 1945 an der Technischen Hochschule Hannover tätigen Professoren unter besonderer Berücksichtigung der Rektoren und Senatsmitglieder, Hannover 2020.
- Leendertz, A.: Ordnung schaffen. Deutsche Raumplanung im 20. Jahrhundert, Göttingen 2008.

- Leßau, H.: Entnazifizierungsgeschichten. Die Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit, Göttingen 2020.
- Merkel, W.: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, 2. Aufl., Wiesbaden 2010.
- Niethammer, L.: Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns, 2. Aufl., Berlin u. a. 1982.
- Schneider, U.: Niedersachsen 1945/46. Kontinuität und Wandel unter britischer Besatzung, Hannover 1984.
- Vollnhals, C. (Hrsg.): Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945 – 1949, München 1991.
- Waller, A.: Erschreckend einwandfrei. Die NS-Zeit und ihre Folgen an der Universität Hohenheim. Stuttgart 2018.
- Werle, G.; Vormbaum, M.: Transitional Justice. Vergangenheitsbewältigung durch Recht, Berlin 2018.
- Werner, O.: Die Prägungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) zwischen 1935 und 1953. In: Baumgart 2020, S. 48 – 70.
- Winkler, H. A.: Der lange Weg nach Westen II. Deutsche Geschichte 1933 – 1990, Bonn 2004.
- Wolfrum, E.: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 2007.

Wer unterstützte Kurt Brüning bei der Gründung der „Akademie für Raumforschung und Landesplanung“ 1945 bis 1950?

Oliver Werner

Die Gründung der „Akademie für Raumforschung und Landesplanung“ in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre ging maßgeblich auf die Initiative des Geographen Kurt Brüning zurück, wäre aber ohne die Unterstützung durch Wissenschaftler, Politiker und Verwaltungsbeamte kaum erfolgreich gewesen. Diese Netzwerke reichten zum Teil bis in die 1930er Jahre zurück, erwiesen sich als anpassungsfähig und garantierten eine große inhaltliche Kontinuität über das Jahr 1945 hinweg.

1. Kurt Brüning

Der Geograph Kurt Brüning war für die Entwicklung nicht nur der niedersächsischen Wissenschaftslandschaft, sondern der deutschen Raumwissenschaften nach 1945 insgesamt von wesentlicher Bedeutung. Als letzter „Obmann“ der 1935 gebildeten „Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung“ (RAG) transformierte er diese dem NS-Regime uneingeschränkt dienstbare Forschungsinstitution (Leendertz 2008, 115 – 126) nach dem Krieg in eine adaptionsfähige „Akademie für Raumforschung und Landesplanung“ (ARL), die sich langfristig als eine wandelbare Wissenschaftseinrichtung erwiesen hat, die als eine „soziale Forschungsinfrastruktur“ in der Leibniz-Gemeinschaft „Wissenschaft und Praxis in einem Netzwerk“ verbindet und „Expertisen unterschiedlichster Art“ zusammenführt.¹

Die Etablierung der ARL zwischen 1945 und 1950 bildet den Höhepunkt von Brünings Karriere und zugleich eine Formierungsphase der raumwissenschaftlichen Forschung in Niedersachsen und Westdeutschland. Für diese Aufgabe war Brüning bestens geeignet. Im niedersächsischen Raum gut vernetzt und wissenschaftlich eher pragmatisch und grundlagenorientiert, kannte er zugleich die Arbeit sowohl in der Landesplanung Nordwestdeutschlands als auch in der RAG. Deren verbliebene



Abb. 1: Kurt Brüning, 1950er Jahre (Digitales Porträtarchiv, www.digiporta.net)

Forschungsressourcen verteilte Brüning nach dem Krieg mit dem gezielten Blick auf die Pflege akademischer Beziehungen und verband die Erwartungen und beruflichen Planungen ihm vertrauter Wissenschaftler – es waren ganz überwiegend Männer – mit seinen eigenen Plänen.

Auch wenn Brünings prägende Rolle weitgehend anerkannt ist, sind die akademischen und politischen Netzwerke, in denen er diese Bedeutung erlangen konnte, bisher nur in Ansätzen erforscht (Hanke 2004; Kohlstedt 2009). Im Folgenden wird das personelle Umfeld, das Brüning bei der Etablierung der ARL in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre unterstützt hat, skizziert. Dabei stehen „die professionellen, intellektuellen und disziplinären Umwidmungsprozesse“ im Mittelpunkt, „mit denen sich die Selbstmobilisierung der Wissenschaften im ‚Dritten Reich‘ zu einer Ressource für ihre Ankunft im demokratischen Staat“ (Weisbrod 2002, 7) verwandeln konnte.

Kurt Brüning, 1897 in Magdeburg geboren, arbeitete nach seinem Studium der Mathematik und Naturwissenschaften in Halle/Saale und Marburg ab Anfang der 1920er Jahre als Geologe in der preußischen Provinz Hannover. 1930 nahm er einen Lehrstuhl für Geographie an der Technischen Hochschule Braunschweig an, von dem er 1933 als Mitglied der SPD vertrieben wurde (Wettern/Weißelhöft 2004, 98 – 101). In der Folge blieb Brüning dennoch in der Provinz Hannover beruflich und institutionell gut verankert, vor allem in der Landeskunde an der Universität Göttingen sowie über das von ihm geleitete „Amt für Landesplanung und Statistik“, das ab 1935 mit dem Aufbau der Landesplanungsgemeinschaft Hannover-Braunschweig betraut wurde (Waldhoff



Abb. 2: Rudolf Mentzel, 1937 (Bundesarchiv, www.wikipedia.de)

u.a. 1994, 39 – 42.). Ein wichtiger Grund für Brüning's Wiederaufstieg war ein bisher nur in Ansätzen erforschtes, aus der Universität Göttingen hervorgehendes Personennetzwerk, zu dem maßgebliche Akteure der NS-Wissenschaftspolitik wie Rudolf Mentzel und Konrad Meyer gehörten (Gutberger 2019, 9 – 12), aber auch Wissenschaftler wie der Chemiker und Fachspartenleiter im Reichsforschungsrat Peter Adolf Thiessen (Grüttner 2004, 173) oder der Wirtschaftswissenschaftler Jens Jessen (Gross 1998, 161 – 162). Besonders Mentzel, Referent im Reichswissenschaftsministerium und ab 1936 Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (Nagel 2012, 112 – 114), erwies sich in den folgenden Jahren als ein Förderer Brüning's, den er schließlich auch für die Leitung der RAG vorschlug.²

So konnte Brüning, der 1933 auch der NSDAP beigetreten war,³ bis Ende der 1930er Jahre seine akademische Reputation wiederherstellen, und die Gauleitung Südhannover-Braunschweig bescheinigte ihm im September 1938, trotz früherer Konflikte inzwischen „durchaus positiv zum nationalsozialistischen Staate“ zu stehen.⁴ Diese Einschätzung beruhte nicht zuletzt auf Brüning's politischer Anpassungsfähigkeit und auf seinem Vermögen, wissenschaftliche und administrative Netzwerke zu seinen Gunsten und in seinem Interesse aufzubauen und zu pflegen. Inhaltlich hatte sich Brüning in seiner Arbeit mit einem ununterbrochenen Plädoyer für „Kreisbeschreibungen“ die grundlegende raumwissenschaftliche Bestandsaufnahme auf die Fahnen geschrieben, die sich in der Folge als außerordentlich adaptionsfähig und durchgehend als politisch vermittelbar erwies. Grundsätzliche Erhebungen als Voraussetzung für Planung brauchte man immer, und Brüning's Mitarbeit in der RAG konzentrierte sich dann ab 1936 auch folgerichtig auf den Arbeitskreis „Reichsatlas“,